

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Stellungnahme zum Haushalt 2007

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderats, sehr geehrte Damen und Herren,

„Deutsche wollen Grenze für Schulden! Nach einer Umfrage plädieren mehr als 80 Prozent für eine Kürzung staatlicher Ausgaben. Nur sieben Prozent wollen eine Abtragung des Schuldenbergs durch Steuererhöhungen.“ So war es in der Stuttgarter Zeitung vom 19.7. zu lesen. Im statistischen Monatsheft Baden-Württemberg erschien Anfang des Jahres ein Bericht über die Verschuldung der Gemeinden des Kreises Böblingen. Dort wird aufgezeigt, dass die Stadt Böblingen einschließlich ihrer städtischen Töchter mit 1752 Euro je Einwohner die höchste Gesamtverschuldung aller Kreisgemeinden aufweist.

Lassen Sie uns einen Blick auf das Jahr 2006 werfen: Vor einem Jahr haben wir an dieser Stelle den **Haushalt 2006** beschlossen. Der Plan sah eine Deckungslücke von 8,5 Mio. € im Verwaltungshaushalt vor. Wir waren uns alle einig, dass wir strukturelle Veränderungen benötigen, um die städtischen Finanzen wieder ins Lot zu bringen. Inzwischen hat sich die Konjunktur erfreulich entwickelt und uns Mehreinnahmen bei der Gewerbe- und der Einkommensteuer in Höhe von 9,2 Mio. € beschert. Die Personalkosten liegen voraussichtlich um 850 T€ unter Plan. Nach Abzug der höheren Gewerbesteuer-Umlage sieht es so aus, dass der **Verwaltungshaushalt 2006** knapp ausgeglichen werden kann. Können wir uns also zufrieden zurücklehnen und das Thema Haushaltskonsolidierung zu den Akten legen ?

Ein zutreffendes Bild über die städtischen Finanzen erhalten wir, wenn wir Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sowie die in den Eigenbetrieb Stadtwerke, die Zweckverbände und städtische Tochtergesellschaften ausgelagerten Tätigkeiten in Summe betrachten.

Zunächst möchte ich einen Blick auf den **Vermögenshaushalt** werfen: Hier schaffen wir in 2006 den Ausgleich trotz der erwähnten Steuermehreinnahmen nur durch eine Rücklagenentnahme von 6,8 Mio. €. Auch in den Jahren 2007 bis 2010 liegt die Summe aus Rücklagenentnahme und Kreditaufnahme bei durchschnittlich 7 Mio. € pro Jahr. Mit der Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt, die für 2007, 2009 und 2010 geplant ist können wir die Bauausgaben und Zuweisungen an die Töchter nicht ansatzweise finanzieren. Zusätzlich planen unsere Stadtwerke einen Jahresverlust von 1,9 Mio. €, der durch Rücklagenentnahme und Kredite gedeckt wird. Im Kernhaushalt der Stadt nimmt die Rücklage bis 2010 von 22,7 auf 9,1 Mio. € ab. Gleichzeitig nimmt die Verschuldung von 2,4 auf 12,6 Mio. € zu.

In all diesen Zahlen sind die **Sparbeschlüsse vom April** bereits einkalkuliert. Das Thema Haushaltskonsolidierung wird uns also die nächsten Jahre weiter begleiten.

Lassen Sie mich noch zu den viel kritisierten Sparbeschlüssen vom April Stellung nehmen: Die vom Gemeinderat eingesetzte Haushaltsstrukturkommission hat seit dem 8. Februar 2006 sechsmal nichtöffentlich getagt. Die Verwaltung und vier der fünf Fraktionen haben Sparvorschläge eingebracht. Ursprünglich war uns vom Oberbürgermeister zugesagt, dass vor der Verabschiedung im Gemeinderat eine Pressekonferenz gemeinsam mit Vertretern der Fraktionen stattfindet und damit eine öffentliche Diskussion vor der Verabschiedung ermöglicht wird. Leider wurde diese Zusage nicht eingehalten und die Sparvorschläge wurden erst wenige Stunden vor der Verabschiedung veröffentlicht. In der Gemeinderatssitzung

vom 5. April wurden viele der bereits nichtöffentlich auf der Klausurtagung vorberatenen Punkte ohne Diskussion abgesehnet. Diese Vorgehensweise ist zu Recht von der Bürgerschaft kritisiert worden. Sie steht im übrigen auch nicht im Einklang mit § 35 der Gemeindeordnung, welcher im Regelfall eine öffentliche Beratung des Gemeinderats verlangt. Ich möchte mich für dieses Verfahren bei den Böblingern und Böblingern entschuldigen. Die grüne Gemeinderatsfraktion steht für Bürgerbeteiligung, auch wenn es ums Geld geht.

Wir begrüßen daher die ersten Schritte in Richtung **Bürgerhaushalt**. So wurden die Haushaltseckdaten öffentlich eingebracht und der Haushaltsentwurf wurde öffentlich in einer Bürgerinformation vorgestellt. Im neuen Amtsblatt soll zudem ausführlich über den Haushalt informiert werden. Transparenz der städtischen Finanzen und eine frühzeitige Einbindung der Bevölkerung sollen in Zukunft zur Regel werden.

Wenn auch die Beteiligung der Bürgerschaft mangelhaft war, so bin ich doch mit den Grundsätzen und der Zielrichtung der **Haushaltskonsolidierung** einig. Wir haben beschlossen vorrangig die Ausgabenseite und den Kostendeckungsgrad der städtischen Einrichtungen zu überprüfen und allgemeine Steuererhöhungen nur für den Fall von Umlageerhöhungen vorzusehen. Es war uns allen klar, dass es nicht ausreicht hier und da ein paar Prozentpunkte am Budget zu streichen. Um das anvisierte Sparvolumen zu erreichen, mussten wir die städtische Infrastruktur auf den Prüfstand stellen und beurteilen, was wir uns heute noch leisten können und wollen. Die Stadt hat in den Jahren des Wachstums eine Vielzahl an Einrichtungen gebaut, die jetzt in die Jahre kommen und hohe Instandhaltungs- und Unterhaltungskosten nach sich ziehen.

Ein Beispiel hierfür ist die **Sporthalle**. Die brandschutzrechtliche Genehmigung läuft aus und eine Generalsanierung hätte eine Investition von 8 Mio. € erfordert. Wir haben uns schweren Herzens zum Abriss der Halle durchgerungen. Dadurch entlasten wir den Verwaltungshaushalt mit 850 T€ jährlich. Sollte sich die finanzielle Situation in Zukunft deutlich verbessern, so besteht immer noch die Möglichkeit auf dem Flugfeld gemeinsam mit Sindelfingen eine moderne Veranstaltungshalle zu bauen.

Andere Einrichtungen wie das Hallenbad Galgenberg, die Bücherei in Dagersheim oder das Spielhaus Grund können wir mit weniger Geld aufrecht erhalten, weil sich private Träger, Vereine und Ehrenamtliche stärker einbringen. Auch die geplante Zusammenarbeit mit Sindelfingen im Bereich der Hallen, der Büchereien und der Stadtgärtnerei kann Kosten senken ohne die Leistung für die Bürgerinnen und Bürger einzuschränken.

Die Stadtwerke schreiben derzeit Verluste. Im Zuge einer Kooperation könnten die Strom- und Gasversorgung integriert und die Potentiale bei der Fernwärme besser genutzt werden. In vielen Städten werden auf diese Weise Verluste bei Bädern durch Gewinne bei der Energieversorgung ausgeglichen. Diese Chancen gilt es zu nutzen.

All diese Sparanstrengungen haben zum Ziel, dass wir uns finanzielle Gestaltungsspielräume heute und in der Zukunft erhalten. Mit den in 2007 geplanten **Investitionen** setzen wir politische Prioritäten.

Für unsere Schulen sind 3,5 Mio. € vorgesehen. Die **Bildung** steht damit an erster Stelle. Nachdem letztes Jahr das Lise-Meitner-Gymnasium und das Albert-Einstein-Gymnasium an der Reihe waren, werden in 2007 die Eichendorff-Schule, die Heuss- und Schiller-Schule, das Otto-Hahn-Gymnasium, das Max-Planck-Gymnasium und die Pestalozzi-Schule mit Schulmensen und ergänzenden

Räumlichkeiten für die Ganztagsbetreuung ausgestattet. Für die Erneuerung der Multimedia-Ausstattung sind 200 T€ vorgesehen. Hier wird deutlich, dass wir nicht an der Ausbildung unserer Kinder sparen wollen.

Zum umstrittenen Thema Grundschulschließung möchte ich heute nur soviel sagen: Wir als Grüne wollen auf keinen Fall auf dem Rücken der Kinder sparen. Bei der Schulentwicklungsplanung muss berücksichtigt werden, dass die Klassen nicht größer werden und dass die Schulwege nicht zu lang werden. Wir begrüßen es, dass sich die Projektgruppe Schulentwicklung für die Beibehaltung der Justinus-Kerner-Schule, die in den kommenden Jahren zudem mit steigenden Schülerzahlen rechnen kann, ausgesprochen hat. Im April hat der Gemeinderat einen Zielbeschluss zur Schließung der Wilhelm-Hauff-Schule im Paket mit der Nutzung des Gebäudes als Bürgertreff Stadtmitte gefasst. Vor der endgültigen Abstimmung über diesen Punkt im Februar möchte ich die Verwaltung auffordern, das Konzept für den Bürgertreff hinsichtlich der geplanten Nutzungen und den Kosten im Dialog mit dem Stadtteilarbeitskreis, den Arbeitsgruppen der Bürgerbeteiligung BB 2020 und den angesprochenen Nutzergruppen zu konkretisieren. Ein leerstehendes Schulgebäude in der Innenstadt kommt für uns nicht in Frage.

Ein zweiter Investitionsschwerpunkt ist die Erschließung des **Flugfelds** und die Verlegung des Omnibusbahnhofs. Die ersten Teilabschnitte des Flugfelds sind im Frühjahr baureif. Bereits vor Weihnachten wird der erste Kaufvertrag unterzeichnet. Damit entstehen neue Arbeitsplätze. Auch in der Unterstadt tut sich etwas. Nachdem es dem neuen Eigentümer des City-Center gelungen ist, das 2. OG zu vermieten und den lang ersehnten Elektronik-Fachmarkt in die Innenstadt zu bringen, stehen die Investoren auch beim alten ZOB in den Startlöchern.

Wir begrüßen es, dass gemeinsam mit Sindelfingen das städtische Verkehrskonzept aktualisiert wird. Die durch das Flugfeld und entlang der Autobahn zur heutigen Leibnitzstraße führende Querspanne ist eine Nordumfahrung Böblingens. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, inwieweit die Innenstadt einschließlich der Liststraße und dem Schlossbergring vom Durchgangsverkehr entlastet werden kann. Den im Kreistag diskutierten 4-spurigen Ausbau der Böblinger Ostumgehung K1057 lehnen wir ab.

Die außergewöhnlich milden Temperaturen der vergangenen Wochen lassen noch keine richtige Weihnachtsstimmung aufkommen. Sie sind ein für jedermann sichtbares Zeichen des **Klimawandels**. Auch durch die Energiepolitik hier vor Ort wird das Klima beeinflusst. Wir haben uns auf dem Flugfeld für den Vorrang von Fernwärme aus Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien entschieden. Das auf den interfraktionellen Antrag erarbeitete Steinbeis-Gutachten hat ergeben, dass sowohl ein Biomasse-Heizkraftwerk am Schönaicher First als auch ein Gas-BHKW in Dagersheim wirtschaftlich sind und die CO₂-Belastung reduzieren.

Bei der Einrichtung von Solarfonds für alle Bürgerinnen und Bürger sind uns andere Kreisgemeinden meilenweit voraus. Ich bin dankbar, dass die SPD unseren Vorschlag aus der Haushaltsdebatte 2004 aufgreift und in Form eines Antrags unterstützt.

Auch das Energiecontrolling städtischer Gebäude, das der Energieverschwendung Einhalt gebietet trägt zum Klimaschutz bei. Nebenbei entlastet es den Haushalt. Es kann auch nicht sein, dass Lehrerinnen in überheizten Klassenzimmern die Fenster öffnen und die teuer erzeugte Energie nach draußen befördern, weil der Hausmeister mit der Heizungsanlage auf Kriegsfuss steht.

In die Zukunft blicken, in der Gegenwart leben und aus der Vergangenheit lernen. Lassen Sie uns dies beherzigen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !